

	Wahlprogramme der Parteien – Thema RUSSLAND – Zitate	Kommentar Cornelia Praetorius
CDU	<p>Russland konstruktiv und entschlossen begegnen</p> <p>Russland fordert unsere Werte heraus. Wir wollen nicht, dass daraus wieder eine ernsthafte militärische Bedrohung für uns in Europa wird. Um eigene Interessen durchzusetzen, greift die russische Regierung mittlerweile zu offenen Drohungen gegen NATO-Verbündete, zu Cyberangriffen, zu Desinformation und Propaganda. (Z. 214-217)</p>	<p>Nach meiner Beobachtung und Erfahrung bedroht die russische Regierung kein einziges Land, sondern zeigt ein hohes Maß an Verhandlungsbereitschaft und solidarischem humanitären Einsatz (erfahren besonders in der Pandemie) trotz einer heftigen Verleumdungskampagne von Seiten der USA und EU-Länder. Behauptete Cyber-Angriffe und Desinformationen sind nie belegt worden. Von russischer Seite wurden den USA und der EU gemeinsame Strategien gegen Cyber-Kriege vorgeschlagen, aber von den USA nicht aufgegriffen.</p>
SPD	<p>Europäische Nachbarschaften pflegen</p> <p>Es ist im deutschen und europäischen Interesse, wenn wir mit Russland in Fragen der gemeinsamen Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle wie auch bei Klima, Nachhaltigkeit, Energie und der Bekämpfung von Pandemien gemeinsame Fortschritte erreichen. Wir sehen jedoch auch, dass Europas Beziehungen zu Russland immer wieder Rückschlägen ausgesetzt sind. Ob die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine, Cyberangriffe auf den Deutschen Bundestag oder die Anwendung des international geächteten chemischen Kampfstoffes Nowitschok zur Ausschaltung innenpolitischer Gegner: Russland bricht regelmäßig internationales Recht und belastet damit die Beziehungen zu seinen Nachbarn. Wir setzen, bei aller erforderlicher Kritik, auch bei Russland auf die Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit. Frieden in Europa kann es nicht gegen, sondern nur mit Russland geben. Wertvoll in den Beziehungen zu Russland sind die zivilgesellschaftlichen Kontakte, die wir weiter fördern und ausbauen wollen, auch durch Visaerleichterungen für den Austausch junger Menschen.</p> <p>Basierend auf den Werten und Prinzipien der OSZE verfolgen wir daher das Ziel einer neuen europäischen Ostpolitik, die den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-Politik gegenüber Russland legt. Eine konstruktive Dialogbereitschaft seitens Russlands ist Voraussetzung, um am Abbau von Spannungen zu arbeiten. Dazu zählt auch, dass der Weg zu einer friedlichen Lösung des Ukraine Konflikts und damit einhergehend die Beendigung der Sanktionen maßgeblich von der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen abhängig ist. (S. 59-60)</p>	<p>Bedauerlicherweise wird die beständige und geduldige Kooperationsbereitschaft der russischen Regierung von USA-EU-Seiten fortwährend geleugnet. Die Bemühungen um Förderung zivilgesellschaftlicher Kontakte sind weit umfangreicher auf russischer als auf deutscher Seite; besonders der Austausch junger Menschen wird von Russland intensiv betrieben. Die Beschuldigungen gegenüber Russland bzgl. Cyber-Angriffen, Vergiftung und Ausschaltung von Oppositionellen sowie Förderung von Separatismus entbehren jeglicher Beweise. Die OSZE berichtet einseitig stets zugunsten der Kiewer Putschisten-Regierung. Russland ist in dem Minsker Abkommen zusammen mit BRD und Frankreich Vermittler von Lösungsvorschlägen und nicht Vertragspartner der Kiewer Regierung. Der Mangel an Bereitschaft zur Vertragserfüllung liegt ausschließlich auf der Kiewer Seite.</p>
GRÜNE	<p>Russland hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt, dessen Außenpolitik durch militärische und hybride Mittel immer offensiver Demokratie, Stabilität und Frieden in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft gefährdet. Gleichzeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft, die der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sexuelle Selbstbestimmung kämpft, wollen wir unterstützen und den kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Austausch mit ihr intensivieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und des militärischen Vorgehens in der Ukraine gegen Russland verhängt wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und die Sanktionen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre Zusagen</p>	<p>Die aufgezählten angeblichen Defizite der russischen Regierungspolitik sind aus meiner Sicht ausnahmslos haltlose Verleumdungen. Die Pluralität der russ. Parteienlandschaft ist von der Regierung erwünscht, die Infiltrationsversuche besonders der USA (durch US-AID und NED) über auslandsgesponserte NGO's werden als völkerrechtswidrige Einflussnahme auf die Gesellschaft abgewehrt, da Russland als politischer Gegner bekämpft und nicht als Partner gesehen wird. Russland hat sein eigenes, in seinem Land gültiges, intaktes Rechtssystem, das keine westeuropäische Messlatte benötigt. Es hat kein militärisches Eingreifen seitens Russlands in der Ukraine</p>

	<p>aus dem Minsker Abkommen umgesetzt. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 trägt nicht zum Klimaschutz bei, richtet sich gezielt gegen die energie- und geostrategischen Interessen der Europäischen Union, gefährdet die Stabilität der Ukraine und muss daher gestoppt werden. Es braucht außerdem einen konstruktiven Klima-Dialog mit Russland, wobei bei einzelnen Schritten die Menschenrechte geschützt werden müssen. (S. 229-230)</p>	<p>gegeben, wohl aber massive militärische US/NATO-Präsenz und Unterstützung von Kiew's aggressiver Politik. Russisches Militär war vertragsgerecht auf der Krim, die von Chruschtschow widerrechtlich der Ukraine geschenkt worden war, wegen seiner Schwarzmeerflotte und hat die Krimbevölkerung bei ihrer 92%igen Abstimmung für einen erneuten Anschluss an Russland vor Sabotageakten Kiews ohne Schusswaffengebrauch geschützt. Das von faschistischen Schlägertrupps verübte Massaker am 2.5.2014 an Ost-Ukrainern erklärt den Unwillen der Krimbewohner und der ostukrainischen Republiken Donezk und Lugansk, sich von den Putschisten in Kiew regieren zu lassen. Die Ablehnung der zuverlässigen Versorgung Westeuropas durch die Nordstream 2 Gaspipeline und die gleichzeitige Befürwortung von Frackinggas aus den USA gerade durch die ökologisch ausgerichteten GRÜNEN ist an Absurdität nicht zu überbieten. Ich bedauere die ausgesprochen feindselige Haltung der Grünen gegenüber Russland.</p>
<p>FDP</p>	<p>Klare Haltung gegenüber Russland</p> <p>Für uns Freie Demokraten sind die Prinzipien des Völkerrechts, der Menschenrechte und der europäischen Friedensordnung, zu denen sich auch Russland in der „OSZE-Charta von Paris“ ausdrücklich bekannt hat, nicht verhandelbar. Daher sehen wir die derzeitige Politik der Russischen Föderation mit großer Sorge. Wir Freie Demokraten fordern ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ostukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Daher stehen wir ausdrücklich zu den von der EU verhängten Sanktionen. Im Fall einer weiteren militärischen Eskalation in der Ukraine muss die EU die Sanktionen verschärfen, denn sie sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Wiederherstellung der Friedensordnung. Dabei muss die EU mit einer Stimme sprechen. Lockerungen oder gar eine Aufhebung der Sanktionsregelungen kann es nur bei einer Umsetzung des Minsker Abkommens geben. Die Unterstützung Russlands für Diktatoren wie Alexander Lukaschenko oder Baschar al-Assad gefährdet die internationale Sicherheit ebenso wie vom Kreml gesteuerte Desinformationskampagnen und Hackerangriffe in Europa. Die Ermordung von Boris Nemzow, gezielte Giftanschläge auf Regimegegner, Aktionen zur physischen und politischen Vernichtung prominenter Oppositioneller wie Alexei Nawalny, die massenhafte Inhaftierung friedlicher Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die systematische Einschränkung der Pressefreiheit kritisieren wir aufs Schärfste. Präsident Wladimir Putin trägt unmittelbare Verantwortung für die zunehmende autoritäre Entwicklung Russlands. Die EU darf bei allem Willen zum Dialog nicht verharmlosend über diese gefährliche Entwicklung hinwegsehen. Zudem gilt, dass liberale Außenpolitik in der Tradition Walter Scheels und Hans-Dietrich Genschers nicht an der Außengrenze der EU enden kann: Russland bleibt Deutschland und Europa menschlich, kulturell und wirtschaftlich eng verbunden. Wir Freie Demokraten wollen Gesprächskanäle, vor allem zu Bürgerrechtsorganisation wie Memorial, offenhalten. Am Ziel des Wiederaufbaus von Vertrauen halten wir fest. Auch wollen wir Reisen für die Zivilgesellschaft durch Visumserleichterungen vereinfachen. Die russische Regierung muss zuvor aber zu Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Bürgerrechte und des Völkerrechts zurückkehren. (S. 52)</p>	<p>Da Deutschland ständig an völker- und menschenrechtsverletzenden militärischen Einsätzen im Ausland beteiligt ist, sehe ich die BRD nicht als berechtigt, Länder wie Russland und China für solche unterstellten Praktiken zu kritisieren. Russland (ebenso wie China) hält sich strikt an die UNO-Charta, die nicht erlaubt, sich ungebeten in die Innenpolitik anderer Länder einzumischen oder diese gar anzugreifen, wie vielfach von der NATO verübt. Weder war der von 92% der Krimbevölkerung gewählte Anschluss an Russland völkerrechtswidrig, noch gab und gibt es einen militärischen Eingriff Russlands in der Ukraine - wohl aber eine humanitäre Rettung der Ost-Ukrainer durch Russland. Die wirkungslose und sich selbstschädigende Sanktionspolitik der USA und EU sind kriegsvorbereitend und erpresserisch gemeint und wird von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung abgelehnt.</p> <p>Das Minsker Abkommen ist von Kiew - nicht von Russland - umzusetzen, da Russland kein Vertragspartner in dem Abkommen ist. Die Unterstützung gewählter Regierungschefs ist rechtmäßig und stellt keine Einmischung in die Innenpolitik der Länder (Belarus und Syrien) dar.</p> <p>Ich sehe die Entwicklung unserer eigenen Innen- wie Außen-Politik „mit großer Sorge“ und sehe keine Veranlassung, mir ein Feindbild Russland einreden zu lassen.</p>

<p>DIE LINKE</p>	<p>Kooperation statt Konfrontation: Für ein inklusives Sicherheitssystem</p> <p>Die NATO ist ein Relikt des Kalten Kriegs und so agiert sie auch heute noch. Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir brauchen eine Politik der Entspannung gegenüber Russland statt weiterer Eskalation und Truppenaufmärsche oder Manöver an dessen Westgrenze. Das ist eine der großen Lehren und Verpflichtung aus dem Zweiten Weltkrieg. Konfrontation ist keine Grundlage für Sicherheit. Auch der »Krieg gegen den Terror« der NATO-Staaten hat keine Sicherheit geschaffen – im Gegenteil. Zeit, endlich umzusteuern. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Wir fordern, Verhandlungen über einen Deutsch-Russischen Vertrag aufzunehmen, um Versöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland zu erreichen und zu verstetigen.</p> <p>Die US-Regierung setzt auch mit dem neuen Präsidenten den Konfrontationskurs zum Erhalt der eigenen Vormachtstellung durch Sanktionen und militärische Interventionen fort. USA und EU versuchen, ihre Vormachtstellung gegen Russland und China durchzusetzen. Das droht in einen neuen Kalten Krieg zu eskalieren. In Strategiepapieren der NATO und EU werden Russland und China als Feindbilder beschrieben, das lehnen wir ab. Wir stellen uns gegen alle Formen des Imperialismus. Den Rüstungsausgaben der NATO in Höhe von 1,1 Billionen Dollar stehen 61 Mrd. von Russland gegenüber. Es geht also nicht um Gefahrenabwehr. Aber die Bundesregierung und die Europäische Union rüsten auf – und verschärfen so die Konflikte.</p> <p>DIE LINKE ist sich der Geschichte des deutschen kriegerischen Hegemonialstrebens in Europa und der Welt bewusst. Wir sind der Überzeugung, dass der Bundesrepublik aus den Verbrechen, die durch Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg verursacht wurden, eine besondere Verantwortung zum Frieden gegenüber allen Ländern und ihren Menschen erwächst, die Opfer dieser Kriege wurden. Im Jahr, in dem sich der Beginn des Raub- und Vernichtungskriegs der faschistischen Wehrmacht im Osten zum 80. Mal jährt, erneuern wir gegenüber Russland und den anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion die Verpflichtung: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg von deutschem Boden! (S. 137-138)</p>	<p>Ich begrüße das erkennbare Geschichtsbewusstsein der LINKEN und die daraus entstandene Verantwortung für eine Friedenspolitik besonders gegenüber Russland, sowie die Erkenntnis, dass in der deutschen Politik und der NATO-Politik auch heute noch ein imperialistisches Hegemonialbestreben mit faschistoiden Zügen zu erkennen ist. Zu unterstützen ist die Gesinnung, sich von einer Konfrontations- und Aufrüstungspolitik abzuwenden und ein internationales Friedens- und Stabilitätsabkommen anzusteuern, an dem nach meiner Meinung unbedingt auch Russland und China beteiligt sein sollten.</p>
<p>AfD</p>	<p>Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen und europäischen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden. Wir setzen uns für die Wiederaufnahme regelmäßiger Gespräche im Rahmen des NATO-Russland-Rats ein. Ferner sollen die Erweiterung und Vertiefung der Außen- und Verteidigungspolitik vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, die Kooperation im Bereich der Rüstungskontrolle und der Verzicht auf den Ausbau militärischer Infrastruktur in unmittelbarer Nähe der jeweiligen Interessenbereiche der Entspannung dienen. Die AfD tritt für die Aufhebung der EU-Sanktionen und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland ein. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Gasleitung Nord Stream 2 halten wir für unverzichtbar. Eine stabile europäische Friedensordnung bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit Russland. (S. 64-65)</p>	<p>Vorausgesetzt, dass die AfD diese Ziele ernsthaft zu verfolgen gesonnen ist und nicht durch das gleichzeitige Bestreben, die Bundeswehr durch starke Modernisierung noch einsatzfähiger für Auslandseinsätze zu machen, ist ihre Absicht unterstützenswert, gegen die Sanktionspolitik und Ausgrenzung Russlands aus der gesamteuropäischen Sicherheitspolitik zu votieren. Hier ist auch zu erwähnen, dass einige AfD-Abgeordnete sich an russische Duma-Abgeordnete gewandt hatten, um mit ihnen eine gemeinsame Strategie zur Deeskalation in Krisensituationen zu erarbeiten, was von russischer Seite mit Interesse aufgenommen wurde. Zweifel an der Ernsthaftigkeit kommen jedoch auf, wenn man bedenkt, dass die AfD die NATO befürwortet und bisher kein</p>

		<p>Wort gegen den Aufmarsch dieser aggressiven Militärallianz an Russlands Grenzen gesagt hat. Die NATO ist jedoch nur an einem Sturz der Regierungen in Russland und China interessiert. Da dies der UNO-Charta widerspricht, muss diese Haltung kategorisch abgelehnt werden. Die Losung muss weiterhin lauten: „Deutschland raus aus der NATO!“</p>
--	--	---